



Bald westdeutsche Verhältnisse  
an Thüringens Schulen?

# Babylon im Klassenzimmer

Symbolbild

Lesen Sie dazu  
unseren aktuellen  
Gesetzentwurf:  
[afd-thl.de/Babylon](https://afd-thl.de/Babylon)



**D**er Turmbau zu Babel ist eine biblische Erzählung. Im Kern geht es um die babylonische Sprachverwirrung, welche das Projekt des Turmbaus und der Selbstüberhebung der Menschheit beendet. Die Mächte der Baumeister erleben das Scheitern ihrer Absichten selbst, was die Einsicht in die Einstellung des Projekts fördert.

An diesem Punkt unterscheidet sich die Erzählung von der Gegenwart in den Klassenzimmern. Was dort geschieht, taucht in keiner Rede oder Hochglanzbroschüre auf, sondern wird aus der Distanz von der Politik ignoriert. Berichtet wird gerade noch über die für sich schon skandalöse Tatsache, dass Schüler wegen des durch die Zuwanderung verursachten Platzmangels teilweise über 30 Kilometer entfernt von ihrem Wohnort in die Schule gehen müssen. Was

dann aber in den Klassenzimmern geschieht, wird meistens verschwiegen:

Nicht nur im Ruhrpott, sondern auch im Freistaat existieren schon viele Schulklassen, in denen fast nur noch afghanische oder arabische Namen im Klassenbuch stehen. Auch hier gibt es Schulen, an denen über 50 Prozent der Schüler sprach-

## Ramelow sorgt für westdeutsche Verhältnisse an Thüringer Schulen

lichen Förderbedarf haben. Wie soll in solchen Schulen ohne einheitliche Unterrichtssprache unterrichtet werden? Uns sind Fälle bekannt, in denen ausländische Schüler ohne Deutschkenntnisse in eine Schulklasse geschickt werden, offenbar damit das Ministerium formal

einen Haken hinter die Schulpflicht setzen kann. Wie soll dieser Schüler beim vorhandenen Lehrermangel einen Lernerfolg erzielen?

Lehrer berichten uns, dass sie in nahezu jeder Unterrichtsstunde erst eine Viertelstunde lang Ruhe in die Klasse bringen müssen. Sie berichten von desinteressierten Schülergruppen,

die den Unterricht massiv stören und für die es zwar Bürokratie, aber keine wirksamen Erziehungsmaßnahmen mehr gibt. Über die hilflose Anordnung von Gesprächen oder Nachsitzen wird gelacht. Entsprechende Aufforderungen werden ignoriert. Gewalt bleibt selbst dann folgenlos, wenn sie sich gegen Lehrkräfte richtet. Mangels Respekts führen auch Ansprachen durch Polizisten nicht weiter, insbesondere wenn es sich um weibliche Einsatzkräfte handelt. Und die Schüler? Normalerweise freuen sie sich auch mal über Unterrichtsausfall. Hält dieser aber in Kernfächern wie Deutsch, Chemie oder Physik

über mehr als ein halbes Jahr an, weil zum Beispiel eine Lehrerin aufgrund einer Schwangerschaft – also planbar – ausfällt, ändert sich das. Denn auch Schüler merken, wenn ihnen die Chancen auf eine geordnete Entwicklung entzogen werden.

Die gesellschaftliche Einschüchterung sorgt mittlerweile wirksam dafür, dass solche Informationen nur noch vertraulich weitergegeben werden. Altparteifunktionäre von CDU, SPD und Linken können das Problem so weiter ignorieren und von einer bunten, diversen Welt schwafeln, während in der Realität für eine ganze Generation Chancen vernichtet werden.

Der Turmbau zu Babel in Thüringer Klassenzimmern muss beendet werden. Die AfD-Fraktion schlägt schon lange vor, sprachunkundige ausländische Schüler außerhalb allgemeinbildender Schulen zu unterrichten. Ergänzt wird dies nun um einen Gesetzentwurf, nach dem maximal zehn Prozent der Schüler einer Klasse sprachlichen Integrationsbedarf haben dürfen. Ob die Altparteien das Problem ernst nehmen oder wieder die »Rassismuskeule« schwingen? Es werden noch Wetten entgegengenommen.

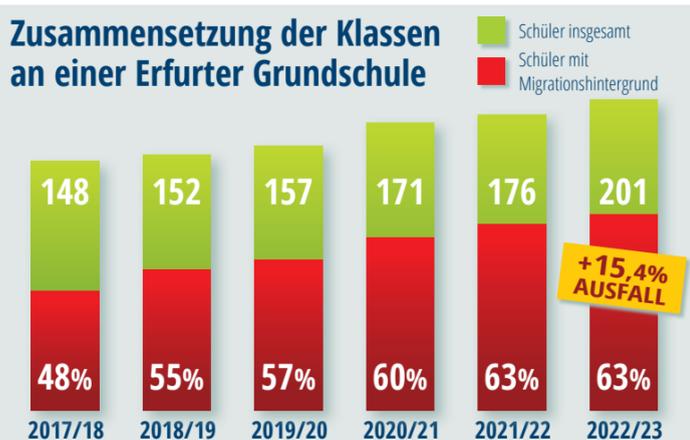
## Aus Sicht eines Lehrers

Der Lehrerberuf ist einer der schönsten Berufe der Welt. Denn was kann sinnstiftender sein, als dort tätig zu sein, wo man Kinder und Jugendliche auf dem Weg ins Leben unterstützen kann? Trotzdem fehlen Lehrer an allen Ecken und Enden: Ursachen sind die schlechte Stellenplanung, die millionenfache illegale Einwanderung, die die Schülerzahlen wachsen lässt, und das Unattraktivwerden des Lehrerberufes. Die Schule ist zur Reparaturanstalt der Gesellschaft verkommen, immer mehr verhaltensauffällige Kinder und solche, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, binden Kraft sowie Aufmerksamkeit der Lehrkräfte und hemmen den Unterrichtsgang. Die Schule muss entideologisiert und entbürokratisiert, die Familie gestärkt und die Remigration vorangetrieben werden, dann wird auch der Lehrerberuf perspektivisch wieder attraktiver werden!



Kommentar von **Björn Höcke**

### Zusammensetzung der Klassen an einer Erfurter Grundschule



Stefan Möller



Die beiden geplanten Stromtrassen SuedLink und SuedOstLink sind Sinnbild der längst gescheiterten linksgrünen »Energiewende« und beeinträchtigen unser Thüringen in vielfacher Weise. Die Hunderte Kilometer langen Trassen stehen symptomatisch für gigantische Eingriffe in die Natur, die deshalb erfolgen, weil die Altparteien die einst stabile, grundlastfähige Energieversorgung in eine ideologisch motivierte Versorgung mit volatilen Erzeugungsträgern wie Windkraft und Photovoltaik transformieren. Diese einseitige Ausrichtung der Ener-

gieerzeugung auf vermeintlich »Erneuerbare« ist mit gewaltigen Kosten für die Verbraucher und irreversiblen Folgeschäden für die Umwelt verbunden. Mittlerweile stehen die genauen Trassenverläufe fest, die Vorhabenträger haben ihre Unterlagen eingereicht und sogar einen vorzeitigen Baubeginn beantragt. Mit dem Bau und dem Betrieb wären Waldrodungen, gigantische Grabungsmaßnahmen und andere Beeinträchtigungen verbunden, damit der in Norddeutschland produzierte Zufallsstrom in den Süden Deutschlands transportiert werden kann.

Die mit den höchsten Strompreisen Europas gestraften deutschen Bürger und insbesondere Thüringer Bürgerinitiativen leisten gegen die Verlegung der Stromtrassen und die damit einhergehende Zerstörung der Kultur- und Naturlandschaft friedlichen, aber dennoch energischen Widerstand – und das völlig zu Recht. Darin werden wir sie als AfD-Fraktion auch weiterhin mit aller Kraft unterstützen. Wir fordern von der Landesregierung, auf eine Neuausrichtung der Energiepolitik auf Bundes- und EU-Ebene hinzuwirken und die im Freistaat verfolgte, fatale Energiepolitik zu beenden. Ziel

muss eine bezahlbare und zuverlässige Stromversorgung für unsere Bürger und Unternehmen sein, die auch die Umweltverträglichkeit nicht außer Acht lässt. SuedLink und SuedOstLink dürfen nicht gebaut werden! Die Landesregierung hatte zudem im Juni 2021 angekündigt, eine zweite Klage gegen den Verlauf der SuedLink-Trasse einzureichen. Ob es dazu noch kommen wird, darf inzwischen bezweifelt werden. Die Aussage des Ministeriums, dass aufgrund der geänderten energiepolitischen Lage das Verfahren noch nicht abschließend geklärt sei, scheint vielmehr eine Ausrede zu sein –

gegen die Interessen des Landes. Die hausgemachte Energiekrise kann keine Begründung für eine solche Weigerung sein. Die AfD-Fraktion hat deswegen einen Antrag in den Thüringer Landtag eingebracht, in welchem die Landesregierung aufgefordert wird, sich ehrlich zu machen, im Sinne des Freistaates zu handeln und endlich Klage gegen den Trassenverlauf einzureichen. Diesem Antrag stimmten nur unsere Abgeordneten zu, die regierungstragenden Fraktionen und die FDP lehnten ihn ab, die CDU enthielt sich.

**Nadine Hoffmann**

## Sterbende Innenstädte

Thüringens Stadt- und Ortskerne sterben. Diese Entwicklung bereitet vielen von uns Sorgen. Immer mehr Geschäfte des traditionellen Einzelhandels sehen sich zur Aufgabe gezwungen, Dienstleistungsangebote vor Ort verschwinden, der Leerstand nimmt zu. Der öffentliche Raum wird zur Bühne für Parallelgesellschaften, Kunden verzichten zunehmend auf den Bummel und das Flanieren durch die Geschäftsstraßen – und so veröden die Ortszentren Schritt für Schritt. Ein Trend, der durch die Corona-Maßnahmen erheblich beschleunigt wurde. Dabei wünschen sich viele Bürger ein »Einkaufserlebnis« mit klassischem Stadtbummel und anschließendem Besuch in einem Café oder Restaurant.

Die Entwicklung hat eine Vielzahl von Gründen: Außerordentlich gestiegene Energiekosten beispielsweise stellen für viele Geschäfte eine nicht mehr zu stemmende Belastung dar. Gleichzeitig sorgen immer neue staatliche Vorgaben und bürokratische Hürden für höhere Kosten, wodurch es Einzelhändlern und anderen mittelständischen Betrieben erschwert wird, wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch die Zunahme des Unsicherheitsgefühls in den Innenstädten trägt zur Lage bei: Mancherorts nutzen Kunden aus Angst vor Übergriffen oder Diebstählen lieber Online-Angebote. Nicht zuletzt unterstützt auch eine autofeindliche Verkehrspolitik diesen Negativtrend. Die Thüringer AfD-Fraktion will diese

Entwicklung, die vielfach das Resultat einer verfehlten Politik ist, nicht tatenlos hinnehmen. Daher haben wir im Landtag verschiedene Initiativen vorgeschlagen, mit denen wir eine Perspektive für die Ortskerne und Innenstädte mit ihrem Wirtschaftsleben bieten. Wir sind überzeugt, dass der Thüringer Mittelstand eine Zukunft hat und unsere Ortszentren und Innenstädte blühen können! Ein politisches Umdenken ist dringend notwendig, bevor das letzte Geschäft seine Türen schließt.

Mehr dazu finden Sie auf unserer Homepage:

[afd-thl.de/innenstadt](http://afd-thl.de/innenstadt)



## Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Bürgerinformation der  
AfD-Fraktion im  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Auflage: 501.900 Stück

[f @afd-thl](https://www.facebook.com/afd-thl)

[www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de)

[@afd-landtags-tv](https://www.youtube.com/channel/UC...)



# Wer schützt die Verfassung vor dem »Verfassungsschutz«?



Bild: Hermann Liesenfeld / iStock

Kostenlose Broschüre als PDF: [afd-thl.de/vs-broschosuere](http://afd-thl.de/vs-broschosuere)



Unser Verfassungsstaat ist mancher Gefährdung ausgesetzt, gegen die er sich zur Wehr setzen muss. Rechtsstaatliche Freiheit und Demokratie bedürfen der Verteidigung. Im Bund und in den Ländern hat man für diesen Zweck die Ämter für Verfassungsschutz eingerichtet. Das sind Inlandsgeheimdienste, die Personen, Gruppierungen oder Parteien beobachten sollen, welche der freiheitlichen demokratischen Grundordnung feindlich gegenüberstehen. Der Verfassungsschutz hat also keine polizeilichen Kompetenzen, sondern dient der nachrichtendienstlichen Aufklärung über

Bestrebungen, die sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die Verfassungsordnung richten. Das Problem: Längst nimmt der Verfassungsschutz nicht nur solche Bestrebungen ins Visier. Vielmehr versucht er, bestimmte politische Meinungen als extremistisch zu markieren, und zwar solche Meinungen, die der jeweiligen Regierung nicht genehm sind. Das aber widerspricht der grundrechtlich geschützten Meinungsfreiheit, die auch für solche Bürger gilt, die oppositionelle Meinungen vertreten. Demokratie und Rechtsstaat sind nicht zuletzt dann gefährdet, wenn eine Regierung den Inlandsgeheimdienst (Verfas-

sungsschutz) benutzt, um sich die Opposition vom Halse zu halten. Eine entsprechende Instrumentalisierung des Geheimdienstes kennen wir aus der Geschichte von solchen Regimen, die weder Demokratien noch Rechtsstaaten waren. In der DDR beispielsweise, die sich selbst als Diktatur verstand (»Diktatur des Proletariats«), galt der Geheimdienst (Stasi) ausdrücklich als »Schild und Schwert« der Regierungspartei, der SED. Diese SED heißt heute übrigens »Die Linke« und stellt den Thüringer Ministerpräsidenten. Demokratie und Rechtsstaat leben vom politischen Wettbewerb. Ohne das Recht der freien Meinungs-

äußerung ist dieser Wettbewerb nicht möglich. Die faktische Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Gesinnungskontrolle des Verfassungsschutzes verstößt gegen verfassungsmäßig

garantierte Rechte und untergräbt den demokratischen Pluralismus. Diesem Prozess muss entgegengetreten werden. Wehret den Anfängen!

Die Broschüre können Sie auch kostenlos in gedruckter Form bestellen: ► [info@afd-thl.de](mailto:info@afd-thl.de)



## Alles wird teurer

Auch hier in Thüringen kennt man das Phänomen: Kam man noch vor ein paar Jahren für 100 Euro mit einem gut gefüllten Einkaufswagen aus dem Supermarkt, so ist heute für dasselbe Geld nur noch der Boden bedeckt. Bürger mit niedrigem und mittlerem Einkommen erleben derzeit eine massive Einschränkung ihres Lebensstandards. Es geht bei diesem unfreiwilligen Verzicht nicht um mehrfache Urlaube im Jahr oder die Anschaffung eines teuren Pkw. So wollen es uns grüne Ideologen nur weismachen. Vielmehr sparen die Bürger bereits an den kleinen Vergnügungen des Alltags, wie etwa am Kinobesuch. Darüber hinaus treiben der fahrlässige

Ausstieg aus der Kernenergie sowie die Sanktionen gegen Russland auch die Preise für Strom und Gas weiter in die Höhe. Die Regierung hat indes kein Interesse daran, die Inflation wirksam zu bekämpfen. Nachdem der Staat jahrelang eine exorbitante Schuldenpolitik betrieb und weiterhin betreibt, dient die Inflation nun dazu, die Staatsschulden abzuschmelzen. Denn von einer hohen Inflation profitiert die Staatskasse doppelt: Einerseits steigen die Steuereinnahmen aufgrund höherer Nominaleinkommen, andererseits wegen der kalten Progression. Das Land Thüringen nahm im Jahr 2022 so 1,1 Milliarden Euro

### Anstieg der Verbraucherpreise

für ausgewählte Produkte und Produktgruppen im Juni 2023 im Vergleich zum Jahresdurchschnittspreis 2020:

- Sonnenblumenöl & Rapsöl: + 84,2 %
- Margarine & Pflanzenfett: + 63,8 %
- Mehl & Getreideerzeugnisse: + 58,9 %
- Milchprodukte & Eier: + 43,9 %
- Gas (mit Betriebskosten): + 63,8 %
- Brennholz & Holzpellets: + 72,3 %
- Heizöl (mit Betriebskosten): + 67,5 %
- Super E 10 / Diesel: + 42,6 % / + 43,1 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, ADAC

mehr als geplant ein. Auf Kosten der Bürger versuchen die Altparteien die Folgen ihrer desaströsen Politik zu kaschieren. Die AfD-Fraktion Thüringen betreibt dagegen schonungslose Aufklärungsarbeit und setzt sich da-

für ein, die fatale Inflationspolitik zu beenden.

**Die rot-grüne Bundespolitik kostet die Deutschen mittlerweile nicht nur ihren Wohlstand, sondern ihre Existenz.**



Bild: hd3dsh / AdobeStock

### Senkung der Grunderwerbsteuer

Mitte September hat der Thüringer Landtag eine Senkung der Grunderwerbsteuer beschlossen. Die AfD hatte bereits 2018 und erneut Anfang 2022 gefordert, den Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer auf fünf Prozent zu reduzieren und insbesondere den Ersterwerb von Wohnimmobilien für deutsche Familien zu begünstigen.

Bedauerlich sind die Bemühungen, die in der Berichterstattung im Vorfeld der Abstimmung, aber auch durch einige Redebeiträge während der Plenardebatte deutlich wurden, eine Mehrheit unter Beteiligung der AfD-Fraktion als illegitim oder verwerflich darzustellen. Denn die Zusammensetzung des Landtags ist kein Zufall – sie ergibt sich unmittelbar aus der letzten Landtagswahl. Die Wähler in Thüringen wünschen sich pragmatische Politik und Lösungen für die Probleme dieses Landes.

### Klage der Landesregierung

Die rot-rot-grüne Landesregierung plant, wegen vermeintlicher verfassungsrechtlicher Bedenken nun gegen die Senkung der Grunderwerbsteuer zu klagen. Aus unserer Sicht ist allein der Gedanke, dass eine Senkung der Steuerbelastung der Bürger verfassungswidrig sein soll, angesichts der Schutzziele der Verfassung einigermaßen absurd. Vielmehr ist es verfassungsrechtlich eindeutig bedenklicher, dass Rot-Rot-Grün die Gesetzgebung des Landtags nur dann akzeptiert, wenn sie zur eigenen politischen Linie passt.



# Aufarbeitung der Corona-Politik

Eine vollständige Übersicht über unseren Einsatz gegen die Corona-Maßnahmenpolitik der Landesregierung finden Sie hier: [afd-thl.de/corona](https://afd-thl.de/corona)



- ✗ REHABILITATION der Kritiker
- ✗ ENTSCHÄDIGUNG der Opfer
- ✗ BESTRAFUNG der Täter
- ✗ PRÄVENTION gegen jeden neuen Machtmissbrauch

Bild: Metropolico

Weder die Thüringer Landesregierung noch die Bundesregierung hat bisher den Nachweis für erforderlich erachtet, dass die umfassende Einschränkung von (Grund-) Rechten und die angeordneten nichtpharmazeutischen und pharmazeutischen Maßnahmen überhaupt geeignet, geschweige denn erforderlich oder gar verhältnismäßig waren, um die Ausbreitung des Coronavirus effektiv einzudämmen beziehungsweise die Infektionslage zu beherrschen. Ungeachtet immer wieder und deutlich geäußelter wissenschaftlicher Kritik an den Maßnahmen und ihren Auswirkungen sowie der nicht nachgewiesenen und in der Regel auch nicht nachweisbaren Effektivität der Maßnahmen wurde am einmal etablierten Status quo eines permanenten

Ausnahmestands jahrelang festgehalten.

Die Thüringer AfD-Fraktion hat sich von Beginn der Corona-Krise an intensiv und differenziert mit dem Virus, seinen Auswirkungen und der Corona-Politik auseinandergesetzt. Wir haben unsere Position in ausführlichen Stellungnahmen erläutert und in parlamentarischen Initiativen zur Entscheidung gestellt.

Weder die Bundesregierung noch die Thüringer Landesregierung hat sich bemüht, den Bürgern den Nutzen der mittels immer neuer Verordnungen auferlegten Verbote und Vorschriften nachzuweisen, obwohl in ihren unterschiedlichen Fassungen eine weitreichende und flächendeckende Einschränkung der Grundrechte einherging. Da kein eindeutiger Nutzen der Corona-Maßnahmen nach-

gewiesen werden konnte, der durch diese Maßnahmen verursachte soziale, wirtschaftliche, kulturelle, gesundheitliche und individuelle Schaden hingegen sehr groß war und noch immer besteht, fordert die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag von der Landesregierung, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Nach drei Jahren der staatlichen Pandemiepropaganda, mit der Angst und Misstrauen geschürt und Steuergelder in Milliardenhöhe verausgabt wurden, ist es spätestens jetzt, nach der Beendigung aller Maßnahmen, geboten, das fragwürdige staatliche Handeln aufzuarbeiten

### Die kritische Aufarbeitung muss unverzüglich beginnen

Aus Sicht der AfD-Fraktion ist dafür ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss das richtige

Mittel. In der kommenden Legislaturperiode, unverzüglich nachdem der neu gewählte Landtag seine Arbeit aufgenommen hat, werden wir die Einsetzung eines solchen Gremiums beantragen. Wir fordern eine rückhaltlose, seriöse und wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung sowie eine klare Benennung der Verantwortlichen für die katastrophale und kriminelle Corona-Politik. Die Geschehnisse dürfen sich nicht wiederholen: Dafür machen wir uns stark!



Folgen Sie uns auf Telegram!

## STÜTZEN DES GEMEINWESENS

15 x 1.000 Euro zu gewinnen  
Einsendeschluss: 31.12.2023



[afd-thl.de/gemeinwesen](https://afd-thl.de/gemeinwesen)

Bild: industryview / Shutterstock

Ohne sie ist unser Alltag nicht zu meistern: Kranken- und Altenpfleger, Feuerwehrleute, Polizeibeamte ebenso wie die Fahrer der Rettungswagen, Servicepersonal, Mitarbeiter der Entsorgungswirtschaft oder Reinigungskräfte. Sie machen nicht einfach nur ihren Job, sondern üben ihren Beruf mit Herzblut aus. Sie sind die Stützen unseres Gemeinwesens!

Sie arbeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit und setzen für uns nicht nur ihre Gesundheit, sondern oft genug sogar ihr Leben aufs Spiel. Ihr täglicher Einsatz bei Unfällen und Gefahren, für Ordnung und Sicherheit sowie ihr persönlicher Dienst am Patienten zeigen: Ohne sie geht es nicht!

Wir wollen uns bedanken und suchen deshalb solche Stützen des Gemeinwesens, deren Einsatz mit 1.000 Euro prämiert werden soll! Kennen Sie jemanden, der sich besonders verdient gemacht hat? Dann melden Sie sich bitte bei uns unter:

► [gemeinwesen@afd-thl.de](mailto:gemeinwesen@afd-thl.de)

Schreiben Sie uns, wer Ihr Kandidat ist und warum Sie ihn prämiieren wollen. Bitte schreiben Sie uns auch, ob wir den Namen der betreffenden Person veröffentlichen dürfen. Am Ende des Jahres werden wir die 15 Gewinner auslosen und mit einem Preisgeld von 1.000 Euro ehren.

**Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!**